



Pressemitteilung

Kinder sind Zukunft – Kinder haben Rechte!

Das Aktionsbündnis Kindertagesstätten fordert zum heutigen Weltkindertag: Gleiche Chancen schaffen

Kiel. Missbrauch, Ausbeutung, Gewalt: Weltweit leben Millionen von Kindern unter unerträglichen Bedingungen. Der Weltkindertag, 1954 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, soll daran erinnern. „Körperliche Unversehrtheit und Freiheit sind Grundforderungen. Aber die Rechte von Kindern enden nicht damit“, betont Kai Sachs, stellvertretender Geschäftsführer des Paritätischen, im Namen des Aktionsbündnisses Kindertagesstätten. Dem Aktionsbündnis, das sich im Frühling 2007 gegründet hat, gehören der Paritätische Schleswig-Holstein, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), das Diakonische Werk Schleswig-Holstein, die Landeselternvertretung der Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein, die Caritas, das Deutsche Rote Kreuz, der Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein (VEK) und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) an. „Auch im reichen Deutschland, im sicheren Schleswig-Holstein leben Mädchen und Jungen in Armut, werden von Bildung und Teilhabe ausgeschlossen.“

Studien wie Pisa beweisen es eindrücklich: Kinder mit Migrationshintergrund oder aus sozial schwachen Familien finden nur schwer den Weg zu höherer Bildung. Armut und Herkunft wirken sich auf die Gesundheit, die Psyche, die Berufschancen aus – so wird einem Teil der Jugendlichen ihre Zukunft verbaut, noch bevor sie angefangen hat.

„Wenn wir diese Kinder mitnehmen wollen, müssen wir frühzeitig ansetzen“, sagt Sachs. „Die Weichen werden in den ersten Lebensjahren gestellt, das bedeutet: in den Krippen und in den Kindertagesstätten.“

Die Pläne der Bundesregierung, der Länder und Kommunen, die Betreuungsplätze für Unterdreijährige auszubauen, begrüßt das Aktionsbündnis daher ausdrücklich. „Das Aktionsbündnis wird sehr genau darauf achten, wie diese Pläne umgesetzt werden“, sagt Sachs. Für Schleswig-Holstein stellt der Bund zwischen 2008 und 2013 rund 74 Millionen Euro zur Verfügung. Da bereits jetzt die finanziellen Mittel des Landes für die bestehenden Kindergartenplätze bei weitem nicht ausreichen, muss der Landesanteil dringend aufgestockt werden. Die Träger von Kindertagesstätten werden gerne neue Plätze für Unterdreijährige schaffen; sie benötigen hierfür allerdings eine angemessene Förderung des Landes.

Denn es geht nicht nur um Masse, sondern auch um Klasse: „In Krippen und Kitas erwerben die Kinder soziale Fähigkeiten, schaffen Grundlagen für die Schule, verbessern ihre Sprachkompetenz und vieles mehr. Um diese hochwertige Arbeit leisten und ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen zu können, müssen die Kitas personell und finanziell ausreichend ausgestattet werden“, sagt Sachs. Dazu zählt auch, den Beruf attraktiv zu gestalten: Erzieherinnen und Erzieher brauchen gute Arbeitsbedingungen, eine bessere Bezahlung und eine Ausbildung, die die neuen Anforderungen einbezieht.

Der Ausbau der Betreuungsplätze für Unterdreijährige soll 2013 abgeschlossen sein. Das Ziel ist, rund einem Drittel der Kinder eines Jahrgangs einen Platz anzubieten, davon 30 Prozent in der Tagespflege. Zurzeit stehen in Schleswig-Holstein nur für 7,6 Prozent der Unterdreijährigen eines Jahrganges Betreuungsangebote zur Verfügung. Bereits bis 2010 sollen sie auf 20 Prozent erhöht werden.

Das erste Ziel des Bündnisses war, eine vom Bildungsministerium geplante Verschärfung der Kindertagesstätten-Verordnung zu verhindern – dies ist in wichtigen Punkten gelungen. Im Juni veranstaltete das Bündnis einen landesweit beachteten Aktionstag, um auf die Situation und die Wünsche von Kindertageseinrichtungen hinzuweisen. Dabei überreichte das Bündnis 4500 Protestpostkarten an Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave. Weitere rund 900 Postkarten, die später eintrafen, wurden an die Ministerin weitergeleitet. Die Bündnispartner werden sich auch weiterhin zum Wohle der Kinder für die qualitative und quantitative Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein einsetzen. So ist zum Beispiel für den Frühling eine weitere landesweite Aktion im Vorfeld der Kommunalwahlen geplant.

Kiel, 18.09.2007

Für das Aktionsbündnis: Kai Sachs